

Bundesgesetzblatt

697

Teil I

1959	Ausgegeben zu Bonn am 8. Dezember 1959	Nr. 48
Tag	Inhalt:	Seite
30. 11. 59	Dritte Verordnung über Änderungen der Bezugsgrößen für die Berechnung von Renten in den Rentenversicherungen der Arbeiter und der Angestellten sowie in der knappschaftlichen Rentenversicherung	699
2. 12. 59	Dritte Verordnung zur Ergänzung der Verordnung über das Verfahren bei Anwendung des § 1255 der Reichsversicherungsordnung und des § 32 des Angestelltenversicherungsgesetzes	701
2. 12. 59	Verordnung zur Ergänzung der Beitragsklassen in den Rentenversicherungen der Arbeiter und der Angestellten	702
2. 12. 59	Verordnung zur Aufhebung der Bekanntmachung betreffend die Einrichtung und den Betrieb gewerblicher Anlagen zur Vulkanisierung von Gummiwaren vom 1. März 1902	703
1. 12. 59	Dritte Verordnung zur Ergänzung der Anlage 2 (Einrichtungen der öffentlichen Hand) zu § 2a Abs. 1 Nr. 4 des Gesetzes zur Regelung der Wiedergutmachung nationalsozialistischen Unrechts für Angehörige des öffentlichen Dienstes	704

Teil II Nr. 45, ausgegeben am 21. November 1959, enthält folgende Veröffentlichungen der Europäischen Gemeinschaften (*Nachrichtlicher Abdruck*):

Der Rat der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft — Verordnung Nr. 1 zur Regelung der Sprachenfrage für die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft.

Der Rat der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft — Verordnung Nr. 2 zur Festlegung der Form der Ausweise für die Mitglieder des Europäischen Parlaments.

Der Rat der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft — Verordnung Nr. 5 zur Festlegung der Einzelheiten für die Anforderung und Überweisung der Finanzbeiträge sowie für die Haushaltsregelung und die Verwaltung der Mittel des Entwicklungsfonds für die überseeischen Länder und Hoheitsgebiete.

Der Rat der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft — Verordnung Nr. 6 zur vorläufigen Regelung der Verantwortung der Anweisungsbefugten und Rechnungsführer der Mittel des Entwicklungsfonds für die überseeischen Länder und Hoheitsgebiete.

Die Kommission der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft — Verordnung Nr. 7 zur Festlegung der Arbeitsweise des Entwicklungsfonds für die überseeischen Länder und Hoheitsgebiete (Verfahrens-Ordnung).

Der Rat der Europäischen Atomgemeinschaft — Verordnung Nr. 1 zur Regelung der Sprachenfrage für die Europäische Atomgemeinschaft.

Der Rat der Europäischen Atomgemeinschaft — Verordnung Nr. 2 zur Festlegung der Form der Ausweise für die Mitglieder des Europäischen Parlaments.

Der Rat der Europäischen Atomgemeinschaft — Verordnung Nr. 3 zur Anwendung des Artikels 24 des Vertrages zur Gründung der Europäischen Atomgemeinschaft.

Der Rat der Europäischen Atomgemeinschaft — Verordnung Nr. 4 zur Bestimmung der Investitionsvorhaben, die der Kommission gemäß Artikel 41 des Vertrages zur Gründung der Europäischen Atomgemeinschaft anzuzeigen sind.

Die Kommission der Europäischen Atomgemeinschaft — Verordnung Nr. 5 zur Festlegung der Durchführungsbestimmungen für die in Artikel 41 des Vertrages vorgeschriebenen Anzeigen (Anwendung der Verordnung Nr. 5).

Der Rat der Europäischen Atomgemeinschaft — Verordnung Nr. 6 zur Änderung der Liste B des Anhangs IV des Vertrags.

Die Kommission der Europäischen Atomgemeinschaft — Verordnung Nr. 7 zur Festlegung der Durchführungsbestimmungen für die in Artikel 78 des Vertrags vorgeschriebenen Anzeigen.

Die Kommission der Europäischen Atomgemeinschaft — Verordnung Nr. 8 zur Bestimmung von Art und Umfang der Verpflichtungen aus Artikel 79 des Vertrages.

Die Regierungen der Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl — Abkommen betreffend die Einführung direkter internationaler Eisenbahntarife.

Die Regierungen der Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl — Ergänzungsabkommen zum Abkommen vom 21. März 1955 betreffend die Einführung direkter internationaler Eisenbahntarife.

Die Regierungen der Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl — Zweites Ergänzungsabkommen zum Abkommen vom 21. März 1955 betreffend die Einführung direkter internationaler Eisenbahntarife.

Der Bundesrat der Schweizerischen Eidgenossenschaft und die Hohe Behörde der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl — Konsultationsabkommen zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und der Hohen Behörde der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl.

Der Schweizerische Bundesrat und die Regierungen der Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl und die Hohe Behörde der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl — Abkommen über die Einführung direkter internationaler Eisenbahntarife im Verkehr mit Kohle und Stahl im Durchgang durch das schweizerische Gebiet.

Die Regierungen der Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl — Abkommen betreffend Frachten und Beförderungsbedingungen im Verkehr mit Kohle und Stahl auf dem Rhein.

Die Bundesregierung der Republik Österreich und die Regierungen der Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl und die Hohe Behörde der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl — Abkommen über die Einführung direkter internationaler Eisenbahntarife im Durchgangsverkehr mit Kohle und Stahl durch das Staatsgebiet der Republik Österreich.

Die Europäische Atomgemeinschaft (Euratom) und die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika — Abkommen.
Die Europäische Atomgemeinschaft (Euratom) und die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika — Abkommen über die Zusammenarbeit bei der friedlichen Verwendung der Atomenergie.

Die Europäische Atomgemeinschaft (Euratom) und die Regierung des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland — Abkommen über die Zusammenarbeit bei der friedlichen Verwendung der Atomenergie.

Die Mitgliedstaaten der Europäischen Atomgemeinschaft — Übereinkommen über die Aufstellung eines Gemeinsamen Zolltarifs für die in der Liste A¹ in Anhang IV des Vertrags zur Gründung der Europäischen Atomgemeinschaft (Euratom) aufgeführten Erzeugnisse.

Die Mitgliedstaaten der Europäischen Atomgemeinschaft — Übereinkommen über die Aufstellung eines Gemeinsamen Zolltarifs für die in der Liste A² in Anhang IV des Vertrags zur Gründung der Europäischen Atomgemeinschaft (Euratom) aufgeführten Erzeugnisse.

Die Internationale Arbeitsorganisation und die Kommission der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft — Abkommen über die Zusammenarbeit zwischen der Internationalen Arbeitsorganisation (IAO) und der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft.

Das Europäische Parlament — Geschäftsordnung des Europäischen Parlaments.

Der Rat der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft — Satzung des Währungsausschusses.

Der Rat der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft — Satzung des Verkehrsausschusses.

Der Rat der Europäischen Atomgemeinschaft — Satzung der Euratom-Versorgungsagentur.

Der Gerichtshof der Europäischen Gemeinschaften — Verfahrensordnung.

Der Wirtschafts- und Sozialausschuß der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Europäischen Atomgemeinschaft — Geschäftsordnung.

Der Rat der Europäischen Atomgemeinschaft — Richtlinien zur Festlegung der Grundnormen für den Gesundheitsschutz der Bevölkerung und der Arbeitskräfte gegen die Gefahren ionisierender Strahlungen.

Der Rat der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft — Haushaltsplan der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft für das Haushaltsjahr 1958.

Der Rat der Europäischen Atomgemeinschaft — Verwaltungshaushalt der Europäischen Atomgemeinschaft für das Haushaltsjahr 1958.

Hinweis zu den Verordnungen Nr. 3 und 4 des Rates der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft über die Soziale Sicherheit der Wanderarbeiter.

In Teil II Nr. 46, ausgegeben am 25. November 1959, sind veröffentlicht: Bekanntmachung über den Geltungsbereich der Internationalen Meterkonvention (Inkrafttreten für die Republik Korea). — Bekanntmachung über den Geltungsbereich der Konvention über die Verhütung und Bestrafung des Völkermordes (Inkrafttreten für Indien). — Bekanntmachung über die Wiederanwendung des deutsch-österreichischen Vormundschaftsabkommens. — Bekanntmachung über das Inkrafttreten des Auslieferungsvertrages zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Frankreich. — Bekanntmachung über das Inkrafttreten der Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Portugal über deutsche Vermögenswerte in Portugal, auf dem Gebiet des gewerblichen Rechtsschutzes und über die Liquidation des früheren deutsch-portugiesischen Verrechnungsverkehrs. — Bekanntmachung der Neufassung des Abkommens vom 15. Juli 1931 zwischen dem Deutschen Reiche und der Schweizerischen Eidgenossenschaft zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiete der direkten Steuern und der Erbschaftsteuern. — Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Welturheberrechtsabkommens (Inkrafttreten für Libanon). — Bekanntmachung über das Inkrafttreten des Abkommens zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Föderativen Volksrepublik Jugoslawien über die vorläufige Regelung der Donauschifffahrt und des Abkommens zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Föderativen Volksrepublik Jugoslawien über die Zollbehandlung der Donauschiffe. — Zweite Verordnung zur Änderung der Verordnung über Verbilligung von Gasöl für die Hochsee-, Küsten- und Binnenschifffahrt. — Siebente Verordnung zur Änderung des Deutschen Zolltarifs 1959 (Kartoffeln). — Achte Verordnung zur Änderung des Deutschen Zolltarifs 1959 (Germaniumabfälle usw.). — Zwanzigste Verordnung über Zolltarifänderungen zur Durchführung des Gemeinsamen Marktes der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl.

In Teil II Nr. 47, ausgegeben am 28. November 1959, sind veröffentlicht: Neunte Verordnung zur Änderung des Deutschen Zolltarifs 1959 (Butter). — Bekanntmachung über das Inkrafttreten der Protokolle vom 11. Dezember 1946 zur Änderung der Übereinkünfte über Betäubungsmittel und vom 19. November 1948 über die internationale Kontrolle von Betäubungsmitteln. — Bekanntmachung über den Geltungsbereich der Berner Übereinkunft zum Schutze von Werken der Literatur und Kunst (Inkrafttreten für Irland). — Bekanntmachung über das Inkrafttreten der Verordnung über die Gewährung von Vorrechten und Befreiungen an die Westeuropäische Union, die nationalen Vertreter, das internationale Personal und die für die Westeuropäische Union tätigen Sachverständigen und des Übereinkommens über den Status der Westeuropäischen Union, der nationalen Vertreter und des internationalen Personals. — Bekanntmachung über die Kündigung des Internationalen Abkommens zur einheitlichen Feststellung von Regeln über die Immunitäten der Staatsschiffe durch Rumänien.

In Teil II Nr. 48, ausgegeben am 1. Dezember 1959, sind veröffentlicht: Gesetz zum Abkommen vom 23. August 1958 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Großherzogtum Luxemburg zur Vermeidung der Doppelbesteuerungen und über gegenseitige Amts- und Rechtshilfe auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen sowie der Gewerbesteuer und der Grundsteuern. — Gesetz zum Abkommen vom 18. November 1958 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich Norwegen zur Vermeidung der Doppelbesteuerung und über gegenseitige Amts- und Rechtshilfe auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen sowie der Gewerbesteuer. — Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Internationalen Fernmeldevertrages Buenos Aires 1952. — Bekanntmachung über das Inkrafttreten des Zusatzprotokolls zu dem Handelsabkommen zwischen dem Deutschen Reiche und dem Königreiche Spanien vom 7. Mai 1926.

Teil II Nr. 49, ausgegeben am 5. Dezember 1959, enthält folgende Veröffentlichungen der Europäischen Gemeinschaften (*Nachrichtlicher Abdruck*):

Der Rat der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Rat der Europäischen Atomgemeinschaft — Statut des Kontrollausschusses.

Der Rat der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft — Haushaltsplan der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft für das Haushaltsjahr 1959.

**Dritte Verordnung
über Änderungen der Bezugsgrößen für die Berechnung von Renten
in den Rentenversicherungen der Arbeiter und der Angestellten
sowie in der knappschaftlichen Rentenversicherung.**

Vom 30. November 1959.

Auf Grund

des § 1256 Abs. 1 der Reichsversicherungsordnung in der Fassung des Arbeiterrentenversicherungs-Neuregelungsgesetzes vom 23. Februar 1957 (Bundesgesetzbl. I S. 45) und in der Fassung des Gesetzes Nr. 591 zur Einführung des Arbeiterrentenversicherungs-Neuregelungsgesetzes im Saarland vom 13. Juli 1957 (Amtsblatt des Saarlandes S. 779),

des § 33 Abs. 1 des Angestelltenversicherungsgesetzes in der Fassung des Angestelltenversicherungs-Neuregelungsgesetzes vom 23. Februar 1957 (Bundesgesetzbl. I S. 88) und in der Fassung des Gesetzes Nr. 590 zur Einführung des Angestelltenversicherungs-Neuregelungsgesetzes im Saarland vom 13. Juli 1957 (Amtsblatt des Saarlandes S. 789) und

des § 55 Abs. 1 des Reichsknappschaftsgesetzes in der Fassung des Knappschaftsrentenversicherungs-Neuregelungsgesetzes vom 21. Mai 1957 (Bundesgesetzbl. I S. 533) und in der Fassung des Gesetzes Nr. 635 zur Einführung des Reichsknappschaftsgesetzes und des Knappschaftsrentenversicherungs-Neuregelungsgesetzes im Saarland vom 18. Juni 1958 (Amtsblatt des Saarlandes S. 1099)

verordnet die Bundesregierung nach Anhören des Statistischen Bundesamtes und mit Zustimmung des Bundesrates:

§ 1

In Ergänzung der Tabelle der Anlage 2 zu § 1255 der Reichsversicherungsordnung und der Tabelle der Anlage 2 zu § 32 des Angestelltenversicherungsgesetzes wird der durchschnittliche Bruttoarbeitsentgelt aller Versicherten im Sinne des § 1255 Abs. 1 und 2 der Reichsversicherungsordnung und des § 32 Abs. 1 und 2 des Angestelltenversicherungsgesetzes für das Kalenderjahr 1958 mit 5330 Deutsche Mark bestimmt.

§ 2

Die allgemeine Bemessungsgrundlage im Sinne des § 1255 Abs. 2 der Reichsversicherungsordnung und des § 32 Abs. 2 des Angestelltenversicherungsgesetzes beträgt für Versicherungsfälle, die im Jahre 1960 eintreten, 5072 Deutsche Mark.

§ 3

(1) Für den Zeitraum der Beitragsentrichtung vom 1. Januar 1958 bis 31. Dezember 1958 werden die Tabelle der Anlage 1 zu § 1255 der Reichsversicherungsordnung und die Tabelle der Anlage 1 zu § 32 des Angestelltenversicherungsgesetzes durch die

in der Anlage 1 dieser Verordnung angegebenen Werte für Beiträge ergänzt, die nach Beitragsklassen neuen Rechts entrichtet worden sind.

(2) Soweit bei der Feststellung von Renten aus Versicherungsfällen, die im Jahre 1960 eintreten, Beiträge der Beitragsklassen XVII und XVIII nach § 1387 der Reichsversicherungsordnung oder § 114 des Angestelltenversicherungsgesetzes oder der Beitragsklassen J und K nach § 1388 der Reichsversicherungsordnung oder § 115 des Angestelltenversicherungsgesetzes anzurechnen sind, sind bei Anwendung des § 1255 Abs. 3 der Reichsversicherungsordnung oder des § 32 Abs. 3 des Angestelltenversicherungsgesetzes die Beiträge der Beitragsklassen XVII und J mit dem Wert 15,01 und die Beiträge der Beitragsklassen XVIII und K mit dem Wert 15,95 zu vervielfältigen.

§ 4

In Ergänzung der Tabelle der Anlage 1 zu § 54 Abs. 2 des Reichsknappschaftsgesetzes wird der durchschnittliche Bruttoarbeitsentgelt aller Versicherten im Sinne des § 54 Abs. 2 des Reichsknappschaftsgesetzes für das Kalenderjahr 1958 mit 5386 Deutsche Mark bestimmt.

§ 5

Die allgemeine Bemessungsgrundlage im Sinne des § 54 Abs. 2 des Reichsknappschaftsgesetzes beträgt für Versicherungsfälle, die im Jahre 1960 eintreten, 5126 Deutsche Mark.

§ 6

Die Tabelle der Anlage 3 zu § 54 Abs. 3 Buchstabe b des Reichsknappschaftsgesetzes wird für das Kalenderjahr 1958 durch die in der Anlage 2 dieser Verordnung angegebenen Werte für Bruttoarbeitsentgelte im Sinne des § 54 Abs. 1 des Reichsknappschaftsgesetzes ergänzt.

§ 7

Diese Verordnung gilt nach § 14 des Dritten Überleitungsgesetzes vom 4. Januar 1952 (Bundesgesetzblatt I S. 1) in Verbindung mit Artikel 3 § 6 des Arbeiterrentenversicherungs-Neuregelungsgesetzes vom 23. Februar 1957, Artikel 3 § 5 des Angestelltenversicherungs-Neuregelungsgesetzes vom 23. Februar 1957 und Artikel 3 § 4 des Knappschaftsrentenversicherungs-Neuregelungsgesetzes vom 21. Mai 1957 auch im Land Berlin.

§ 8

Diese Verordnung gilt nach Maßgabe der folgenden Besonderheit auch im Saarland:

In Ergänzung der Anlage 2a zu § 1255 der Reichsversicherungsordnung, der Anlage 2a zu § 32 des Angestelltenversicherungsgesetzes und der An-

lage 1a zu § 54 Abs. 3 Buchstabe b des Reichsknapp-schaftsgesetzes wird der Wert für die Umrechnung von Arbeitsentgelten in Franken in Deutsche Mark für das Kalenderjahr 1958 mit 0,0093 festgesetzt.

§ 9

Diese Verordnung tritt am 1. Januar 1960 in Kraft.

Bonn, den 30. November 1959.

Der Stellvertreter des Bundeskanzlers
Ludwig Erhard

Der Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung
Blank

Anlage 1

(zu § 3 Abs. 1)

Zeitraum	Beiträge nach §§ 1387 und 1388 der Reichsversicherungsordnung und nach §§ 114 und 115 des Angestelltenversicherungsgesetzes															
	Beitragsklassen															
	I	II	III A	IV	V B	VI	VII C	VIII	IX D	X	XI E	XII	XIII F	XIV	XV G	XVI H
Vom 1. Januar 1958 bis 31. Dezember 1958	0,23	0,94	1,88	2,81	3,75	4,69	5,63	6,57	7,50	8,44	9,38	10,32	11,26	12,20	13,13	14,07

Anlage 2

(zu § 6)

Tabelle A

Kalenderjahr 1958

	Brutto-Jahresarbeitsentgelt in Deutsche Mark												
	0	1000,—	2000,—	3000,—	4000,—	5000,—	6000,—	7000,—	8000,—	9000,—	10 000,—	11 000,—	12 000,—
0	—	18,57	37,13	55,70	74,27	92,83	111,40	129,97	148,53	167,10	185,67	204,23	222,80
100,—	1,86	20,42	38,99	57,56	76,12	94,69	113,26	131,82	150,39	168,96	187,52	206,09	224,66
200,—	3,71	22,28	40,85	59,41	77,98	96,55	115,11	133,68	152,25	170,81	189,38	207,95	226,51
300,—	5,57	24,14	42,70	61,27	79,84	98,40	116,97	135,54	154,10	172,67	191,24	209,80	228,37
400,—	7,43	25,99	44,56	63,13	81,69	100,26	118,83	137,39	155,96	174,53	193,09	211,66	230,23
500,—	9,28	27,85	46,42	64,98	83,55	102,12	120,68	139,25	157,82	176,38	194,95	213,52	232,08
600,—	11,14	29,71	48,27	66,84	85,41	103,97	122,54	141,11	159,67	178,24	196,81	215,37	233,94
700,—	13,00	31,56	50,13	68,70	87,26	105,83	124,40	142,96	161,53	180,10	198,66	217,23	235,80
800,—	14,85	33,42	51,99	70,55	89,12	107,69	126,25	144,82	163,39	181,95	200,52	219,09	237,65
900,—	16,71	35,28	53,84	72,41	90,98	109,54	128,11	146,68	165,24	183,81	202,38	220,94	239,51

Tabelle B

	Brutto-Jahresarbeitsentgelt in Deutsche Mark									
	0	10,—	20,—	30,—	40,—	50,—	60,—	70,—	80,—	90,—
0	—	0,19	0,37	0,56	0,74	0,93	1,11	1,30	1,49	1,67
1,—	0,02	0,20	0,39	0,58	0,76	0,95	1,13	1,32	1,50	1,69
2,—	0,04	0,22	0,41	0,59	0,78	0,97	1,15	1,34	1,52	1,71
3,—	0,06	0,24	0,43	0,61	0,80	0,98	1,17	1,36	1,54	1,73
4,—	0,07	0,26	0,45	0,63	0,82	1,00	1,19	1,37	1,56	1,75
5,—	0,09	0,28	0,46	0,65	0,84	1,02	1,21	1,39	1,58	1,76
6,—	0,11	0,30	0,48	0,67	0,85	1,04	1,23	1,41	1,60	1,78
7,—	0,13	0,32	0,50	0,69	0,87	1,06	1,24	1,43	1,62	1,80
8,—	0,15	0,33	0,52	0,71	0,89	1,08	1,26	1,45	1,63	1,82
9,—	0,17	0,35	0,54	0,72	0,91	1,10	1,28	1,47	1,65	1,84

**Dritte Verordnung zur Ergänzung der Verordnung
über das Verfahren bei Anwendung des § 1255 der Reichsversicherungsordnung
und des § 32 des Angestelltenversicherungsgesetzes.**

Vom 2. Dezember 1959.

Auf Grund des § 1256 Abs. 2 der Reichsversicherungsordnung in der Fassung des Arbeiterrentenversicherungs-Neuregelungsgesetzes vom 23. Februar 1957 (Bundesgesetzbl. I S. 45) und des § 33 Abs. 2 des Angestelltenversicherungsgesetzes in der Fassung des Angestelltenversicherungs-Neuregelungsgesetzes vom 23. Februar 1957 (Bundesgesetzbl. I S. 88) wird mit Zustimmung des Bundesrates verordnet:

§ 1

Die Anlage zu § 1 Abs. 3 der Verordnung über das Verfahren bei Anwendung des § 1255 der Reichsversicherungsordnung und des § 32 des Angestelltenversicherungsgesetzes vom 9. Juli 1957 (Bun-

desgesetzbl. I S. 696) wird durch die dieser Verordnung als Anlage beigefügte Tabelle für das Kalenderjahr 1958 ergänzt.

§ 2

Diese Verordnung gilt nach § 14 des Dritten Überleitungsgesetzes vom 4. Januar 1952 (Bundesgesetzblatt I S. 1) in Verbindung mit Artikel 3 § 6 des Arbeiterrentenversicherungs-Neuregelungsgesetzes vom 23. Februar 1957 und Artikel 3 § 5 des Angestelltenversicherungs-Neuregelungsgesetzes vom 23. Februar 1957 auch im Land Berlin.

§ 3

Diese Verordnung tritt am 1. Januar 1960 in Kraft.

Bonn, den 2. Dezember 1959.

Der Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung
Blank

Anlage
(zu § 1)

Rentenversicherung der Arbeiter — Rentenversicherung der Angestellten

Kalenderjahr 1958

	0	1000,—	2000,—	3000,—	4000,—	5000,—	6000,—	7000,—	8000,—	9000,—
0	—	18,76	37,52	56,29	75,05	93,81	112,57	131,33	150,09	168,86
100,—	1,88	20,64	39,40	58,16	76,92	95,68	114,45	133,21	151,97	—
200,—	3,75	22,51	41,28	60,04	78,80	97,56	116,32	135,08	153,85	—
300,—	5,63	24,39	43,15	61,91	80,68	99,44	118,20	136,96	155,72	—
400,—	7,50	26,27	45,03	63,79	82,55	101,31	120,08	138,84	157,60	—
500,—	9,38	28,14	46,90	65,67	84,43	103,19	121,95	140,71	159,47	—
600,—	11,26	30,02	48,78	67,54	86,30	105,07	123,83	142,59	161,35	—
700,—	13,13	31,89	50,66	69,42	88,18	106,94	125,70	144,47	163,23	—
800,—	15,01	33,77	52,53	71,29	90,06	108,82	127,58	146,34	165,10	—
900,—	16,89	35,65	54,41	73,17	91,93	110,69	129,46	148,22	166,98	—

	0	10,—	20,—	30,—	40,—	50,—	60,—	70,—	80,—	90,—
0	—	0,19	0,38	0,56	0,75	0,94	1,13	1,31	1,50	1,69
1,—	0,02	0,21	0,39	0,58	0,77	0,96	1,14	1,33	1,52	1,71
2,—	0,04	0,23	0,41	0,60	0,79	0,98	1,16	1,35	1,54	1,73
3,—	0,06	0,24	0,43	0,62	0,81	0,99	1,18	1,37	1,56	1,74
4,—	0,08	0,26	0,45	0,64	0,83	1,01	1,20	1,39	1,58	1,76
5,—	0,09	0,28	0,47	0,66	0,84	1,03	1,22	1,41	1,59	1,78
6,—	0,11	0,30	0,49	0,68	0,86	1,05	1,24	1,43	1,61	1,80
7,—	0,13	0,32	0,51	0,69	0,88	1,07	1,26	1,44	1,63	1,82
8,—	0,15	0,34	0,53	0,71	0,90	1,09	1,28	1,46	1,65	1,84
9,—	0,17	0,36	0,54	0,73	0,92	1,11	1,29	1,48	1,67	1,86

**Verordnung zur Ergänzung der Beitragsklassen
in den Rentenversicherungen der Arbeiter und der Angestellten.**

Vom 2. Dezember 1959.

Auf Grund des § 1387 Abs. 3 und des § 1388 Abs. 2 der Reichsversicherungsordnung in der Fassung des Arbeiterrentenversicherungs-Neuregelungsgesetzes vom 23. Februar 1957 (Bundesgesetzbl. I S. 45) sowie des § 114 Abs. 3 und des § 115 Abs. 2 des Angestelltenversicherungsgesetzes in der Fassung des Angestelltenversicherungs-Neuregelungsgesetzes vom 23. Februar 1957 (Bundesgesetzbl. I S. 88) wird mit Zustimmung des Bundesrates verordnet:

§ 1

(1) In § 1387 Abs. 1 der Reichsversicherungsordnung und in § 114 Abs. 1 des Angestelltenversicherungsgesetzes werden für die Beitragsklasse XVII die Worte „von mehr als 775 DM“ durch die Worte „von mehr als 775 DM bis 825 DM“ ersetzt und in Ergänzung der Beitragsklassen I bis XVII die Beitragsklasse XVIII für einen Bruttoarbeitsentgelt oder ein Bruttoarbeitseinkommen im Monat von

mehr als 825 Deutsche Mark mit einem Monatsbeitrag von 119 Deutsche Mark angefügt.

(2) In § 1388 Abs. 1 der Reichsversicherungsordnung und in § 115 Abs. 1 des Angestelltenversicherungsgesetzes wird in Ergänzung der Beitragsklassen A bis J die Beitragsklasse K mit einem Monatsbeitrag von 119 Deutsche Mark angefügt.

§ 2

Diese Verordnung gilt nach § 14 des Dritten Überleitungsgesetzes vom 4. Januar 1952 (Bundesgesetzblatt I S. 1) in Verbindung mit Artikel 3 § 6 des Arbeiterrentenversicherungs-Neuregelungsgesetzes vom 23. Februar 1957 und Artikel 3 § 5 des Angestelltenversicherungs-Neuregelungsgesetzes vom 23. Februar 1957 auch im Land Berlin.

§ 3

Diese Verordnung tritt am 1. Januar 1960 in Kraft.

Bonn, den 2. Dezember 1959.

Der Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung
Blank

**Verordnung zur Aufhebung der Bekanntmachung
betreffend die Einrichtung und den Betrieb gewerblicher Anlagen
zur Vulkanisierung von Gummiwaren vom 1. März 1902.**

Vom 2. Dezember 1959.

Auf Grund des § 120e der Gewerbeordnung in Verbindung mit Artikel 129 Abs. 1 Satz 1 des Grundgesetzes wird mit Zustimmung des Bundesrates verordnet:

§ 1

Die Bekanntmachung betreffend die Einrichtung und den Betrieb gewerblicher Anlagen zur Vulkanisierung von Gummiwaren vom 1. März 1902 (Reichsgesetzbl. S. 59) wird aufgehoben.

§ 2

Diese Verordnung gilt auch im Land Berlin, sofern sie im Land Berlin in Kraft gesetzt wird.

§ 3

Diese Verordnung tritt am Tage nach ihrer Verkündung in Kraft.

Bonn, den 2. Dezember 1959.

Der Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung
Blank

**Dritte Verordnung zur Ergänzung der Anlage 2 (Einrichtungen der öffentlichen Hand)
zu § 2a Abs. 1 Nr. 4 des Gesetzes zur Regelung der Wiedergutmachung
nationalsozialistischen Unrechts für Angehörige des öffentlichen Dienstes.**

Vom 1. Dezember 1959.

Auf Grund des § 2a Abs. 1 Satz 2 des Gesetzes zur Regelung der Wiedergutmachung nationalsozialistischen Unrechts für Angehörige des öffentlichen Dienstes in der Fassung der Anlage zu Artikel I des Dritten Gesetzes zur Änderung des Gesetzes zur Regelung der Wiedergutmachung nationalsozialistischen Unrechts für Angehörige des öffentlichen Dienstes vom 23. Dezember 1955 (Bundesgesetzbl. I S. 820) verordnet die Bundesregierung mit Zustimmung des Bundesrates:

§ 1

Die Anlage 2 zu § 2a Abs. 1 Nr. 4 des Gesetzes zur Regelung der Wiedergutmachung nationalsozialistischen Unrechts für Angehörige des öffentlichen Dienstes in der Fassung der Anlage zu Artikel I des Dritten Gesetzes zur Änderung des Gesetzes zur Regelung der Wiedergutmachung nationalsozialistischen Unrechts für Angehörige des öffentlichen Dienstes vom 23. Dezember 1955 wird wie folgt ergänzt:

- „74. Ausschuß für Kinderanstalten e. V., Hamburg, mit den ihm angeschlossenen Einrichtungen⁷⁾)
- 75. Landeszentrale Hamburg der Vereinigung für Säuglings- und Kleinkinderschutz e. V.⁷⁾)
- 76. Landesverband für Volksgesundheitspflege e. V., Hamburg⁷⁾)
- 77. Breslauer Verein zur Bekämpfung der Tuberkulose e. V.⁷⁾)

78. Gemeinnützige Theater- und Musik-Gesellschaft m. b. H., Saarbrücken.⁷⁾)

⁷⁾Die Angehörigen der unter Nummern 74 bis 78 aufgeführten Einrichtungen sind nur einbezogen, wenn sie als Geschädigte

- a) der unter Nummer 74 genannten Einrichtung am 30. Januar 1940
 - b) der unter Nummern 75 und 76 genannten Einrichtungen im Zeitpunkt des Übergangs auf die Freie und Hansestadt Hamburg
 - c) der unter Nummer 77 genannten Einrichtung im Zeitpunkt des Übergangs auf die Stadt Breslau (1. November 1942)
 - d) der unter Nummer 78 genannten Einrichtung im Zeitpunkt des Übergangs auf die Stadt Saarbrücken (1. September 1936)
- die Altersgrenze noch nicht erreicht hatten und noch dienstfähig waren.“

§ 2

Diese Verordnung gilt nach § 14 des Dritten Überleitungsgesetzes vom 4. Januar 1952 (Bundesgesetzbl. I S. 1) in Verbindung mit Artikel V Abs. 2 des Dritten Gesetzes zur Änderung des Gesetzes zur Regelung der Wiedergutmachung nationalsozialistischen Unrechts für Angehörige des öffentlichen Dienstes vom 23. Dezember 1955 auch im Land Berlin.

§ 3

Diese Verordnung tritt mit Wirkung vom 1. April 1951 in Kraft.

Bonn, den 1. Dezember 1959.

Der Stellvertreter des Bundeskanzlers
Ludwig Erhard

Der Bundesminister des Innern
Dr. Schröder